



Hermann Färber

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fakten aus Berlin und dem Wahlkreis

**zum Nominierungsparteitag des CDU-
Kreisverbandes zur Wahl des Kandidaten
für die Bundestagswahl 2021**

7. August 2020
Bürenhalle, Wäschenbeuren

Mein Standpunkt

„In der Region verwurzelt, den Grundwerten der CDU verpflichtet und mit eigenem Kopf.“

Meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter richte ich seit Beginn meines Mandats 2013 an folgenden Zielen aus:

- Für die Menschen in meinem Wahlkreis vor Ort da zu sein,*
- mich für ihre Anliegen hier und in Berlin einzusetzen,*
- das Begonnene weiterzuführen und*
- mit Engagement und Beharrlichkeit meinen Beitrag leisten, unseren Landkreis weiter voranzubringen.*

Ich kandidiere erneut, um das Mandat des Wahlkreises wieder für die CDU zu gewinnen.

*Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung,
Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.*

Hermann Färber

Sehr geehrte Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Göppingen,

heute wählen Sie den Kandidaten der CDU für den 20. Deutschen Bundestag. Vor kurzem haben Sie meinen Mitgliederbrief erhalten, in dem ich Ihnen bereits einen ersten Überblick über das Geleistete in der aktuellen Legislaturperiode gegeben habe.

Die Corona-Pandemie hat seit März 2020 unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben extrem beeinträchtigt. Wir alle haben dazu beigetragen, dass uns Zustände wie in anderen europäischen Ländern erspart geblieben sind. Die seit Ende Juli steigenden Infektionsszahlen zeigen jedoch, dass Abstandsregelungen und Hygienemaßnahmen nach wie vor unerlässlich sind, um eine weitere Ausbreitung des Virus mit allen damit zusammenhängenden Konsequenzen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu vermeiden.

Bis zur Halbzeitbilanz hatte die Regierungskoalition bereits mehr als 60 % der Vorhaben des Koalitionsvertrages umgesetzt oder angepackt. Die Vorgängerregierung kam im vergleichbaren Zeitraum „nur“ auf 50 %.

Bis zum Ausbruch von Corona war die Wirtschaft im Aufschwung, mit dem „Digitalpakt Schule“ flossen 5 Mrd. Euro an die Länder, der Abbau der Kalten Progression und der Bürokratie führten zu Entlastungen für Arbeitnehmer und Unternehmer. Die Erhöhung des Kindergeldes und das Baukindergeld unterstützen junge Familien, die Renten stiegen bis 2020 stetig an, und in der Pflege beschlossen wir richtungsweisende Gesetzesänderungen. Der Kohleausstieg und die weiteren Klimaschutzmaßnahmen bilden den Grundstein für einen Strukturwandel und einen klima- und umweltschützenden Energie-Mix. Die große Herausforderung ist es nun, „mit und nach Corona“ unsere Lebens- und Wirtschaftsbereiche zu stärken und zu fördern.

Ich will diese Herausforderung annehmen und meinen Teil dazu beizutragen, diese Situation zu meistern.

Meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis

In Berlin: „Ihre Stimme im Bundestag.“

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Petitionsausschuss.

Stellvertretendes Mitglied

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung.

Mitgliedschaften

- Parlamentskreis Mittelstand
- Arbeitsgruppen Kommunalpolitik und Handwerk
- Parlamentarischer Beirat im Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE).

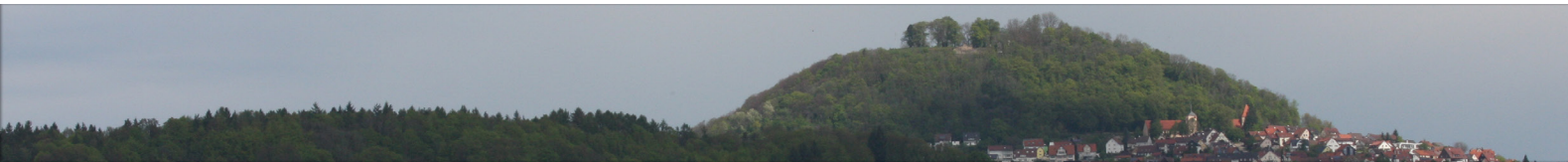
Im Wahlkreis: „Sichtbar, ansprechbar und erreichbar.“

Zentrale Anlaufstelle: mein Wahlkreisbüro

- Zugänglich und offen für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Mit starkem Zulauf und vielzähligen, verschiedensten Anliegen.
- Mein Anspruch: Unterstützung geben und Lösungen finden für die mir entgegengebrachten Anliegen.

Draußen vor Ort

Dieses Maß lege ich ebenfalls an, wenn ich „draußen“ vor Ort bin. Stammtische, thematische Veranstaltungen, Vor-Ort-Besuche in Gemeinden und bei Unternehmen, Gespräche mit Schülern aus dem Landkreis in Berlin und mit Schulklassen hier vor Ort sowie meine „Kulinarische Landkreistour“ - ein breites Spektrum an Begegnungen, aus denen ich viele Erkenntnisse für meine politische Arbeit ziehen konnte.



Ausbau der A 8: „Planungen wieder aus dem Dornröschenschlaf geholt.“

- Die Finanzierung für die A 8 steht - und zwar vollständig aus Bundesmitteln.
- Im vergangenen Jahr fand der Erörterungstermin zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens in Gruibingen statt. Diese Unterlagen werden derzeit abschließend überarbeitet.

Meine Position zum Thema

In beiden Fällen sind sachliche Diskussionen, die Prüfung aller Belange sowie Klageverfahren legitim. Allerdings können Einwendungen und Klagen den Bau beider Straßen verzögern. Die Gemeinden entlang dieser Strecken und der derzeitigen Ausweichstrecken leiden weiter unter dem Verkehr. Dies gilt es, so schnell wie möglich zu ändern.

Weiterbau der B 10 bis Geislingen/Ost: „Wir waren noch nie so weit wie jetzt.“

- Die Gelder dafür sind im Bundeshaushalt bereitgestellt.
- Den Gesehensvermerk für die Straßenplanung hat das Bundesverkehrsministerium im Dezember 2019 erteilt.
- Die „Fledermaus-Thematik“ soll nach derzeitigem Stand zu keiner Verzögerung der Planungen führen.



Regionalität, Ernährung und Ländlicher Raum

„Regional produzieren, regional vermarkten“

Im vergangenen Jahr habe ich mit meiner „Kulinarischen Tour“ durch den Landkreis verschiedene lebensmittelproduzierende Betriebe, meist familiengeführt, besucht und mich gemeinsam mit interessierten Gästen über deren Produktion und regionale Vermarktung informieren lassen. In den vergangenen Jahren erleben wir einen für unsere heimische Wirtschaft positiv zu sehenden Trend, der weg vom „Produkt aus Übersee“ hin zu unseren regionalen Produkten geht.

Allergenkennzeichnung

Die Umsetzung europarechtlicher Vorgaben zur Kennzeichnung von Allergenen und Zusatzstoffen in Lebensmitteln ist bei öffentlichen Veranstaltungen vor allem für Vereine und ehrenamtliche Organisationen nach meinen Feststellungen viel zu kompliziert. Deshalb habe ich in Gesprächen mit unseren lokalen Behörden darauf aufmerksam gemacht. Ich stehe mit den zuständigen Behörden, allen politischen Ebenen sowie den Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen in Kontakt und setze mich weiter für die Vereinfachung der Anforderungen ein.

Sichere Lebensmittel und starke Landwirtschaft

- Der Bund hat eine Milliarde Euro zur Förderung des ländlichen Raums bereitgestellt.
- Ebenso Hilfgelder nach dem Dürresommer 2018.
- Für den Altersrentenbezug von Landwirten ist die Hofabgabe als Voraussetzung nicht mehr erforderlich.



Klimaschutz: „Klima schützen, Schöpfung bewahren.“

Beim Klima- und Verbraucherschutz müssen Ökologie, Ökonomie und Soziales wie Zahnräder ineinandergreifen. Das Geld für eine sinnvolle Klimapolitik müssen wir - mit Blick auf Nachhaltigkeit - zielgerichtet sowie effektiv einsetzen und den Menschen Perspektiven geben.

Umfassendes Klimapaket

- Um Deutschlands Klimaschutzziel 2030 (55 % weniger Treibhausgase im Vergleich zum Jahr 1990) sicher zu erreichen, hat die Koalition ein umfassendes Klimapaket vereinbart.
- Es enthält unter anderem Anreize durch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, günstigere Bahnfahrten, die Förderung von klimafreundlichen Heizungen, E-Mobilität und die maßvolle Verteuerung des klimaschädlichen CO₂ ab 2021 bei gleichzeitiger Entlastung der Pendler mit weiter Strecke.

Saubere Luft - „Sofortprogramm Saubere Luft“

- 1 Mrd. Euro Förderung für saubere Busse und Müllwagen.

Erneuerbare Energien

- Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung hat sich zwischen 2005 bis 2018 von 10 % auf fast 40 % vervierfacht. Bereits vor der Sommerpause haben wir den Deckel für den Ausbau von Photovoltaik (sog. PV-Deckel) abgeschafft.

Kohleausstieg

- Der Kohleausstieg bis 2038 ist beschlossene Sache. Betroffene Regionen erhalten Unterstützung beim Strukturwandel in Milliardenhöhe.

Familien, Kinder und junge Menschen

Die Unterstützung jeder Generation einer Familie ist seit jeher eines der Kernanliegen der Unionspolitik. Das Bild der Familie hat sich geändert. Mehrere Generationen unter einem Dach oder die traditionelle Rollenverteilung sind nicht mehr die Normalsituation. Die Politik muss auf diese Veränderungen reagieren, um Familien als „Kerngemeinschaft“ auch weiterhin Stabilität, Sicherheit und Perspektiven zu geben.

Das bisher Erreichte

- **Erhöhung des Kindergeldes** um 10 Euro seit dem 1. Juli 2019.
- **Fortführung des Kitaausbaus:** Über die bereits gezahlten 11 Mrd. Euro hinaus zahlt der Bund bis 2022 weitere 5,5 Mrd. Euro zum Ausbau von Kindertagesstätten (Gute-Kita-Gesetz).
- **Erhöhung des BAföG** um mehr als 15 % und Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten.
- **„Schwarze Null“** vor Corona im Bundeshaushalt ist Teil der Generationengerechtigkeit.
- Für einkommensschwache Familien wurde der **Kinderzuschlag** erhöht und der Antrag vereinfacht.
- **Baukindergeld** für Familien mit 1.200 Euro pro Kind und Jahr für die Dauer von zehn Jahren. Anträge sind noch bis zum 31. Dezember 2020 möglich.



Unser Ziel ist es, die Pflege für Angehörige, Pflegekräfte und Patienten spürbar besser zu machen. Vor der Wahl 2017 war das Thema Pflege bereits ein häufig diskutiertes. Die CDU hat dies immer ernst genommen und in der jetzigen Legislatur im Bereich der Pflege so viel angestoßen und umgesetzt wie in kaum einer zuvor. Konzertierte Aktion „Pflege“, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Pflegepersonaluntergrenzen sind die Schlagworte. Dass wir mit diesen Maßnahmen auf einem guten Weg sind, haben mir die Klinikleitungen, Pflegedienstleitungen, Pflegekräfte aus der Krankenhauspflege sowie der ambulanten und stationären Pflege in vielen persönlichen Gesprächen berichtet. Dennoch: wir haben immer noch Nachbesserungsbedarf bei den Regelungen, beim Image und bei der Entlohnung des Pflegeberufs.

Das bisher Erreichte

- **Sofortprogramm Pflege:** Schaffung von 13.000 neuen Stellen für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Die Finanzierung jeder Stelle am Krankenbett übernehmen die Kostensträger.
- **Reform der Ausbildung für Pflegeberufe:** Schulgeld wird abgeschafft, stattdessen erhalten Auszubildende eine Vergütung.
- Mit finanzieller Hilfe und Unterstützungs- sowie Absicherungsmaßnahmen (Stichwort: Entlastungsbetrag) werden **pflegende Angehörige** entlastet.
- Mit dem **Pflegepersonalstärkungsgesetz** sollen eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege geschaffen und gleichzeitig die Pflege und Betreuung der Patienten und Pflegebedürftigen weiter verbessert werden.
- Das **Pflegepersonaluntergrenzengesetz** soll eine Unterbesetzung von pflegesensitiven Bereichen im Krankenhaus verhindern. Darum gelten künftig für bestimmte (Intensiv-)Krankenhausbereiche Personaluntergrenzen.

Innere Sicherheit und Migration

Die CDU steht ein für einen starken Staat und innere Sicherheit. Eine Ausgewogenheit zwischen Recht und Ordnung schaffen, Recht und Ordnung bewahren und gleichzeitig unseren humanitären Ansprüchen als Christdemokraten gerecht zu werden, ist der Leitgedanke unserer Innenpolitik. Deshalb steht die CDU hinter unserer Polizei, unseren Sicherheits- und Rettungskräften. Die zunehmende Gewalt gegen diese ist nicht zu akzeptieren. Diese Einsatzkräfte stehen an vorderster Front und haben unsere Unterstützung und unseren Respekt verdient.

Pakt für den Rechtsstaat

- Damit stärken wir Justiz und Polizei mit 2.000 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte und mit 15.000 zusätzlichen Polizisten bei Bund und Ländern, jeweils bis Ende 2021.
- **Strafverfahren:** Der Deutsche Bundestag hat in dieser Legislatur schnellere Strafverfahren auf den Weg gebracht und härtere Strafmaßnahmen bei Gewalt gegen Polizisten, Sicherheits- und Rettungskräfte beschlossen.

Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung

- Mit dem **Fachkräftezuwanderungsgesetz** erleichtern wir den Zuzug von qualifizierten Fachkräften und die Einreise zum Beginn einer Fachausbildung nach klaren Kriterien. Damit wollen wir dem branchenübergreifenden Fachkräftemangel entgegenwirken, der mir gegenüber in Gesprächen oft thematisiert wird.
- Die **Asylgesetzgebung** haben wir grundsätzlich verschärft: Regelungen für mehr Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber, strengere Regelungen für Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer sowie die Abschaffung des Familiennachzugs für Bürgerkriegsflüchtlinge (bis auf 1.000 Menschen pro Monat aus humanitären Gründen) gehören zu den beschlossenen Maßnahmen.

Versorgung im Alter: Rente und Grundrente

„Gute Wirtschaftsentwicklung ist die beste Rentenpolitik.“ Die solide Finanzpolitik der Union hat dazu geführt, dass auch die Renten, die an die allgemeine Lohnentwicklung gekoppelt sind, in den vergangenen Jahren stetig gestiegen sind. Das erste Jahr der „Nicht-Erhöhung“ werden wir nach Experteneinschätzungen voraussichtlich, corona-bedingt, nächstes Jahr erleben.

Rentenpaket

- Das beschlossene Rentenpaket bringt Verbesserungen etwa für Frührentner, die Erhöhung der Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder sowie eine Absicherung des aktuellen Rentenniveaus und Haltelinie beim Beitragssatz.
- Im Westen verzeichnen wir in den vergangenen zehn Jahren Rentensteigerungen um 20 %, im Osten um 30 %.

Grundrente

- Ab 1. Januar 2021 erhalten rund 1,3 Millionen Menschen mit kleinen Renten, die mindestens 33 Beitragsjahre vorweisen können, Unterstützung durch die am 2. Juli 2020 beschlossene Grundrente.
- Kindererziehungszeiten bzw. Pflegezeiten für die Angehörigen werden hier eingerechnet.
- Die Finanzierung erfolgt zunächst über Steuermittel - nicht über Beitragsmittel der Rentenversicherung.
- Zudem soll es im Oktober 2020 eine Neuregelung der sogenannten Riester-Rente geben.
- Das Ziel ist, dass Menschen, die über eine betriebliche Altersvorsorge und Zusatzrentenversicherungen verfügen, weder auf Grundrente noch auf Grundsicherung angewiesen sein sollen.



Digitalisierung und Bildung

Schlagworte wie „Homeoffice“ und „Homeschooling“ zeigen den bedeutenden Wert der Digitalisierung heutzutage. Schnelles und flächendeckend verfügbares Internet ist sowohl für die Wirtschaft als auch die privaten Haushalte immer wichtiger. Im bundes- und landesweiten Vergleich steht der Landkreis Göppingen verhältnismäßig gut da. Dennoch appelliere ich immer aufs Neue an Städte und Gemeinden zu prüfen, ob durch das Breitbandausbauprogramm des Bundes der Netzausbau vor Ort gefördert werden kann. Der Bund unternimmt große Anstrengungen, unterversorgte Gebiete (sog. „weiße Flecken“) ans Netz anzuschließen.

Breitbandausbauprogramm des Bundes

- Der Bund hat sein Breitbandförderprogramm deutlich entbürokratisiert und die Antragsstellung vereinfacht, um Städte und Gemeinden besser zu unterstützen bei der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit schnellem Internet insbesondere in Gebieten, die für die Privatwirtschaft nicht erschließbar waren.
- Das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur verteilt die Mittel an die Landkreise und Kommunen und unterstützt sie mit Zuschüssen von bis zu 70 % der Investitionssumme. In Zukunft können Gemeinden bis zu 30 Mio. Euro Bundesförderung pro Projekt erhalten.
- Fördergelder aus dem Bundesprogramm haben bereits eine nennenswerte Zahl von Kommunen in unserem Landkreis erhalten.

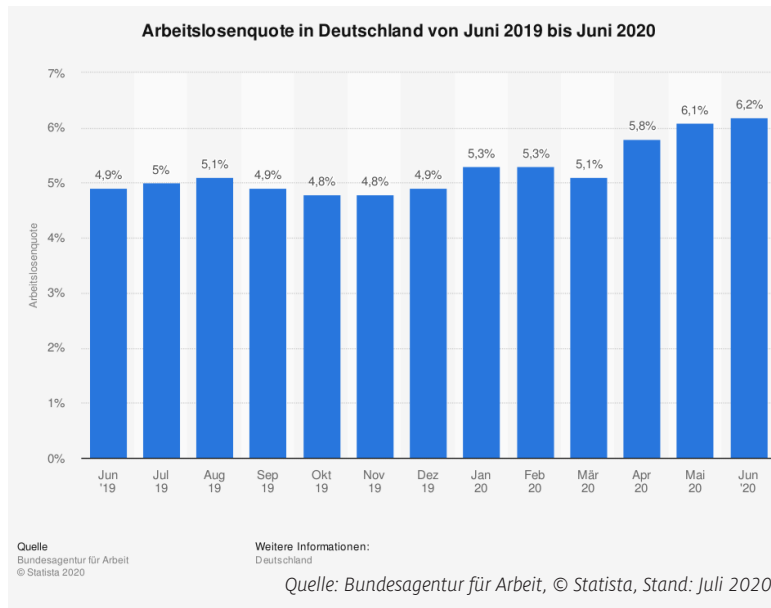
Digitalisierung der Schule

- Für den „Digitalpakt Schule“ hat der Bund das Grundgesetz geändert, um so die Digitalisierung der Schulen mit 5 Mrd. Euro zu unterstützen.
- Zudem hat der Bund weitere Corona-Hilfen ausgeschüttet, um für das Homeschooling die Ausstattung an Schulen und für Schüler zu fördern und zu verbessern.

Wirtschaft, Arbeit und Soziales: Vor Corona

Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt waren bis zum Beginn der Corona-Pandemie und dem Lockdown im März im Aufschwung.

- Der **Haushalt 2020** wäre zum siebten Mal in Folge ohne neuen Schulden ausgekommen.
- Die **Arbeitslosenquote** sank bis auf 4,8 % (Stand: November 2019), das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung. Auch die saisonbedingten Schwankungen blieben im Rahmen.
- Die **Unternehmenssteuer** wurde zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen reformiert.
- Durch **Digitalisierung** sollen insgesamt Bürokratie abgebaut und die Arbeit von Verwaltungen erleichtert werden.
- **Grundsteuer-Neuregelung**: Wertabhängiges Modell zur Ermittlung ab 1. Januar 2025.
- Hilfe für **Langzeitarbeitslose** durch neue Chancen im sozialen Arbeitsmarkt (in dieser Legislaturperiode 4 Mrd. Euro).

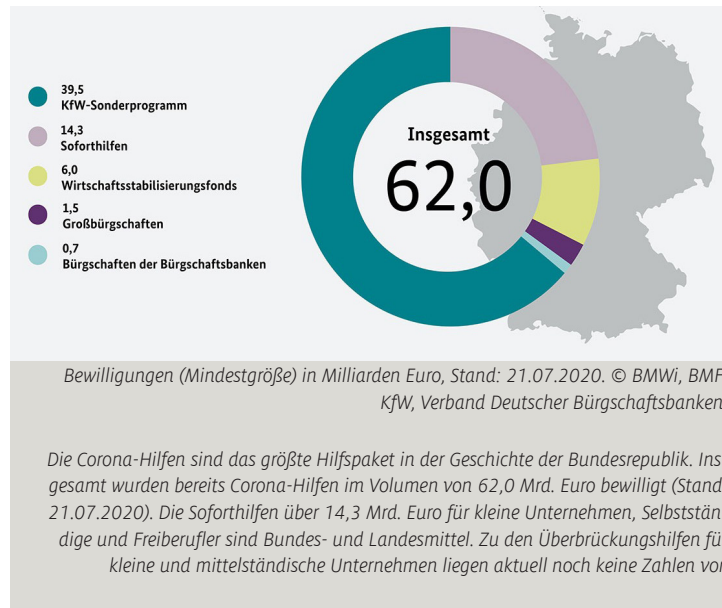


Corona: Soforthilfen - „Schnelle Unterstützung zu Beginn der Krise“

Die Corona-Krise hat alles überlagert und bestimmt seit Monaten unser Leben. Der „Lockdown“ hat uns davor bewahrt, dass sich das Virus stärker ausgebreitet hat. Das schnelle Handeln der Bundesregierung, der Einsatz der politischen Entscheidungsträger und Behörden sowie jeder einzelne von uns haben dazu beigetragen, dass wir die Pandemie eindämmen konnten. Dennoch: Wir haben sie noch nicht überstanden. Die schrittweise Lockerung der Beschränkung war ein richtiger Schritt in Richtung eines „normalen Alltags mit dem Coronavirus“.

Corona-Soforthilfen

- Unter anderem für Selbstständige, kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler aller Branchen,
- KfW-Sonderkreditprogramme,
- die Ausweitung der Kurzarbeiterregelung und des Kurzarbeitergeldes,
- Unterstützung für Familien (Kinderzuschlag, Anpassung der Elterngeldregelung, Entschädigungszahlungen für Eltern, deren Kinder nicht in die Notbetreuung können),
- Steuererleichterungen für Unternehmen.



Mit und nach Corona: Raus aus der Krise - „Stabilität erhalten“

Entscheidend wird sein, wie unser Land aus der Krise herauskommt. Der Bund unterstützt und hilft Wirtschaft, Bürgern und Kommunen im Umfang von 130 Mrd. Euro.

- **Familien:** Kinderbonus von 300 Euro pro Kind und eine Entlastung von Alleinerziehenden - befristet auf zwei Jahre wird der Entlastungsbeitrag von 1.908 Euro auf 4.000 Euro angehoben.
- **Sozialversicherungsbeiträge** bleiben bis Ende 2021 unter 40 %. Entscheidend auch für die Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit von Unternehmen.
- **Kleine und mittlere Unternehmen:** Branchenübergreifende Überbrückungshilfen in Höhe von insgesamt 25 Mrd. Euro. Abhängig vom Umsatzausfall. Besonders stark betroffene Branchen (bspw. Hotel- und Gaststättengewerbe, Reisebüros) sollen angemessen berücksichtigt werden.
- **Liquidität für Unternehmen:** Unternehmen sollen ihre Verluste noch leichter steuerlich geltend machen. Der steuerliche Verlustrücktrag wird für die Jahre 2020 und 2021 auf maximal 5 Mio. Euro beziehungsweise 10 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung) erweitert.
- **Kommunen:** Der Bund wird mit den Ländern die aktuellen Gewerbesteuerausfälle kompensieren und Mittel bereitstellen, damit Kommunen mehr in die Digitalisierung ihrer Verwaltung, in Kitas und Sporthallen investieren können.

Koalition bringt Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket auf den Weg

Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken



Senkung des Mehrwertsteuersatzes

von 19% auf 16%
sowie von 7% auf 5%
(befristet: 1. Juli bis
31. Dezember 2020)



Kinderbonus für Familien

einmalige Zahlung von
300 Euro pro Kind,
für Alleinerziehende
werden die Freibeträge
verdoppelt



Programm für Überbrückungshilfen

Unterstützung von
kleinen und
mittelständischen
Unternehmen



Stärkung der Kommunen

z. B. durch
Kommunalen
Solidarpakt 2020,
Unterstützung des ÖPNV,
Förderprogramme

© Bundesregierung

Kernpunkte des Konjunkturpakets der Bundesregierung, Quelle: www.bundesregierung.de,

© Bundesregierung, Stand: Juli 2020

Mit und nach Corona: Raus aus der Krise - „Konjunktur stärken“

- **Mehrwertsteuersenkung** von 19 % auf 16 % (bzw. von 7 % auf 5 %) vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020.
- **Einfuhrumsatzsteuer:** Die Fälligkeit der Einfuhrumsatzsteuer wird verschoben auf den 26. des Folgemonats. Dieses Vorhaben gibt Unternehmen einen Liquiditätseffekt von etwa 5 Mrd. Euro und schafft für die Unternehmen in Deutschland gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber vielen unserer europäischen Nachbarn.
- **Reform des Unternehmensteuerrechts:** Um die Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu verbessern, wird das Körperschaftsteuerrecht modernisiert. Eingeführt werden soll ein Optionsmodell für Personengesellschaften, die sich steuerlich als Körperschaft behandeln lassen können. Der Ermäßigungsfaktor soll bei Einkünften aus Gewerbebetrieb auf das Vierfache des Gewerbesteuer-Messbetrags angehoben werden.
- **Öffentliche Investitionen:** Geplant ist eine zeitweilige Vereinfachung des Vergaberechts. Damit können Städte und Gemeinden leichter Aufträge an Handwerker und Betriebe aus dem Ort vergeben. Auf europäischer Ebene will sich die Bundesregierung dafür einsetzen, das Wettbewerbsrecht zu reformieren. Darüber hinaus wird geprüft, welche Aufträge und Investitionen des Bundes sich vorziehen lassen. Der Fokus liegt unter anderem auf Digitalisierungsprojekten (Gesamtprojektvolumen 10 Mrd. Euro).

Seit 1. Juli bis 31. Dezember 2020 hat Deutschland die **EU-Ratspräsidentschaft** inne. Für die Wirtschaft und die damit zusammenhängenden Bereiche hat Deutschland u. a. folgende **Schwerpunkte**:

- Bewältigung der Covid-19-Pandemie,
- Digitalisierung im Bildungsbereich, in der Forschung sowie im Finanz- und im Gesundheitswesen vorantreiben,
- Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit nach außen und Förderung eines wettbewerbsfähigen europäischen Binnenmarkts.

Deutschland wird eng mit den Regierungen von Portugal und Slowenien, die nachfolgend den Vorsitz im Rat der EU übernehmen werden, im Rahmen des „Trioprogramms“ zusammenarbeiten. Das Trioprogramm gewährleistet eine reibungslose Übergabe des Vorsizes.

Mit und nach Corona: Raus aus der Krise - „Technologische Zukunft gestalten“

Neue Technologien

- Investitionen in Milliardenhöhe in Künstliche Intelligenz (KI), Quantencomputer und Wasserstoff - also Technologien der Zukunft, in denen Deutschland einen Spitzenplatz einnehmen soll.
- Vor allem bei der Wasserstofftechnik soll Deutschland zum Ausrüster der Welt werden. Hierzu sollen zeitnah eine Wasserstoffstrategie und verschiedene Fördermaßnahmen vorgelegt werden.

Digitalisierung

- Die Digitalisierung in Verwaltungen, Betrieben, Gesundheitsämtern und Krankenhäusern sowie in den ländlichen Räumen soll vorangetrieben werden. In der Verwaltung beispielsweise u. a. mit 3 Mrd. Euro für Online-Behördengänge.
- Das Smart-City-Programm wird ausgebaut, damit mehr Kommunen digitaler werden.
- Der flächendeckende Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes wird mit 5 Mrd. Euro beschleunigt.

Digitales Lernen pädagogisch sinnvoll einsetzen

- Wir beschleunigen das Investitionsprogramm für den Ausbau von Ganztageschulen und Ganztagesbetreuung.
- Länder, die Mittel für Investitionen in den Jahren 2020 und 2021 abrufen, erhalten die entsprechende Summe in den späteren Jahren der Laufzeit zusätzlich.
- Gleichzeitig hat die Krise gezeigt, wie wichtig Digitalisierung und digitales Lernen in der Bildung sind. Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Präsenzunterricht in der Schule und E-Learning zu Hause miteinander zu verbinden. Deshalb wird im „Digitalpakt Schule“ der Katalog der förderfähigen Investitionen erweitert.

Mit und nach Corona: Raus aus der Krise - „Zukunft gestalten“

Forschung

- Die Grundlagenforschung und auch die angewandte Forschung werden gefördert.
- Zusätzlich wird die steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen rückwirkend zum 1. Januar 2020 befristet bis zum 31. Dezember 2025 weiter ausgebaut.

Klimaschutz

- Der Ausbau der **Erneuerbaren Energien** soll nach unserem Verständnis von Klimaschutz weitergehen.
- Das Ausbau-Ziel für Offshore-Windkraftanlagen soll angehoben werden.
- Damit der Strompreis für Unternehmen und Verbraucher aber nicht weiter ansteigt, wird die EEG-Umlage schrittweise verringert. Die Gelder dafür stellt der Bund bereit.
- Der Klimaschutz im Gebäudebereich wird dreifach verstärkt: für kommunale Gebäude, für soziale Einrichtungen und für Wohngebäude. Allein das CO2-Gebäudesanierungsprogramm wird um 1 Mrd. Euro auf 2,5 Mrd. Euro erhöht.

Gesundheit

- Der Bund investiert insgesamt 7 Mrd. Euro in Krankenhäuser und Gesundheitsämter, um das Gesundheitssystem besser gegen Pandemien zu wappnen. Die Impfstoffentwicklung wird zusätzlich gefördert.
- Zudem wird ein **Programm zur inländischen Produktion wichtiger Arzneimittel** und Medizinprodukte im Umfang von 1 Mrd. Euro aufgelegt, um mehr Flexibilität in diesem Bereich zu ermöglichen.
- Außerdem wird eine nationale Reserve an Schutzausrüstung aufgebaut. Dafür steht ebenfalls 1 Mrd. Euro bereit.

Mit und nach Corona: Raus aus der Krise - „Zukunft gestalten“

Natur und Landwirtschaft

- Der Wald leidet seit mehreren Jahren: aufgrund anhaltender Dürren, den Folgen von Stürmen, Insektenbefall und Bränden sowie durch die Corona-Pandemie sind die Holzpreise stark gefallen, was zu fehlenden Einnahmen, die für Schadenaufarbeitung, Neupflanzungen und Waldumbau eingesetzt werden, bei den Waldeigentümern führt.
- 700 Mio. Euro setzt der Bund daher frei, um bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Waldflächen, der Investition in moderne Betriebsmaschinen und einer Digitalisierungsoffensive zu helfen. Gestärkt werden soll auch der Einsatz von Holz als klimaneutraler Baustoff.
- 300 Mio. Euro - im Interesse des Tierwohls - stellt der Bund als Auftakt für Stallumbauten und damit verbundene bessere Haltungsbedingungen zur Verfügung. Die Borchert-Kommission hat konkrete Vorschläge zur weiteren Finanzierung vorgelegt.

Nachhaltige Mobilität

- Verdopplung der Kaufprämie für Elektrofahrzeuge - befristet bis zum 31. Dezember 2021.
- Für Handwerker, kleine und mittlere Unternehmen sowie soziale Dienste soll es Flottenaustauschprogramme geben.
- Die Umstellung auf Busse und LKWs mit alternativen Antrieben wird ebenfalls gefördert.
- Zudem werden durch Innovationen in den Bereichen Schifffahrt und Flugverkehr die CO₂-Emissionen nachhaltig reduziert.
- 2,5 Mrd. Euro werden in den Ausbau einer modernen Ladesäulen-Infrastruktur sowie in die Forschung und Entwicklung von Elektromobilität und Batteriezellfertigung gesteckt.
- Weitere 5 Mrd. werden bereitgestellt, um das Schienennetz auszubauen und die Bahn zu modernisieren.
- Zudem werden die Länder beim Öffentlichen Personennahverkehr unterstützt, weil sich die Fahrgeldeinnahmen durch die Corona-Pandemie stark verringert haben. Dafür werden die Regionalisierungsmittel einmalig um 2,5 Mrd. Euro aufgestockt.

Impressum

Hermann Färber MdB

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68
73079 Sülben

Telefon: 07162 3057057
Telefax: 07162 3057059
E-Mail: hermann.farber@bundestag.de

www.hermann-farber.de

Bildnachweise:

CDU, Bundesregierung, BMWi, BMF, KfW, Verband Deutscher Bürgerschaftsbanken, Timo Klostermeier / pixelio.de

Inhaltlicher Sachstand: 30. Juli 2020 (Redaktionsschluss).
Änderungen des inhaltlichen Sachstands zum tatsächlichen Zeitpunkt der Veröffentlichung nach o. g. Redaktionsschluss vorbehalten.

